

Bevölkerungspolitische Erwägungen zur Familiengröße

Wie jede Politik, so bedarf auch die Bevölkerungspolitik eines bestimmten Leitbildes, d. h. sie muß sich darüber klar sein, was sie erreichen will, was anzustreben ist. Allen diesbezüglichen Erwägungen ist aber vorzuschicken, daß bevölkerungspolitische Maßnahmen des Staates oder öffentlicher Körperschaften, was ihre grundsätzliche Berechtigung anbelangt, nicht unbestritten sind. Die Gegner erklären: Der Staat habe auf diesem in die intime Sphäre eingreifenden Gebiete überhaupt nichts zu schaffen. Ob bzw. wie viele Kinder jemand haben will, sei seine ganz persönliche Angelegenheit und gehe niemand etwas an! Es bedürfe folglich weder einer Bevölkerungspolitik noch eines entsprechenden Leitbildes.

Wendet man nun diese Betrachtungsweise auf die gegenwärtig in allen westeuropäischen Ländern zu beobachtende schroffe Einschränkung der Geburten- und Kinderzahl an, so läßt sich leicht feststellen, daß dieses Verhalten sehr wohl von einem bestimmten Leitbild gelenkt wird: Diese Einschränkung wird bestimmt von der Ansicht, daß die wirtschaftliche Lage der Eltern, sowie die materielle Zukunft der Kinder, die Auferziehung von mehr als zwei Kindern „nicht erlaubt“. Besonders in den Kreisen der Arbeiter- und Angestelltenschaft werden in bezug auf die als angemessen geltende Familiengröße sehr krasse Urteile gefällt. „Es ist ein Verbrechen, heute Kinder in die Welt zu setzen, nur die Dummen oder Verantwortungslosen tun das“, und so fort. Dies ist das weitaus vorherrschende bevölkerungspolitische Leitbild, das die große Mehrheit der Westeuropäer sich zu eigen gemacht hat.

Ist nun diese Auffassung vom Standpunkt sowohl des Allgemeinwohls wie der persönlichen, richtig verstandenen Wohlfahrt zu billigen? Eine Kritik dieses eindeutig materialistischen Standpunktes kann nur dann fruchtbar sein, wenn ihm ein anderer entgegengesetzt wird. Zunächst ist die allgemeine Erwägung herauszustellen, daß es nicht erwünscht und richtig sein kann, den zahlenmäßigen Bestand eines Volkes oder der westeuropäischen Völker oder der einzelnen Familien zusammenschrumpfen zu lassen; es wird zu zeigen sein, was das für Konsequenzen hat. Die Schrumpfung ist aber unvermeidlich, wenn das Zweikindersystem sich noch weiter ausbreitet. Um das einzusehen, bedarf es keiner komplizierten Berechnungen. Zwei lebendgeborene Kinder gewährleisten nicht den Ersatz des Elternpaares:

1. weil eines oder gar beide Kinder vor Erreichung des fortpflanzungsfähigen Alters wegsterben können. Nach der deutschen Sterbetafel für 1949/1951 erreichten von 100 000 männlichen Lebendgeborenen das 20. Lebensjahr nur 91 466, von 100 000 weiblichen 93 295,

2. weil eines oder das andere der Kinder, aus wohlerwogenen Gründen: gesundheitlichen, charakterlichen oder einfachen, weil es keinen Ehepartner findet, keine Ehe eingeht und keine Nachkommen zeugt,

3. weil ein Teil der Ehen aus natürlichen Gründen unfruchtbar ist, also keine Nachkommen hat, und

4. weil in bestimmten Fällen Geburteneinschränkung aus gesundheitlichen und auch aus wirtschaftlichen Gründen zu billigen ist (Wohnungsnot, anhaltende Arbeitslosigkeit). Zur Zeit besteht allerdings die Neigung, diese wirtschaftlichen Gründe maßlos zu übertreiben.

Wenn demnach zwei Kinder je Elternpaar zur Bestandserhaltung nicht ausreichen, so müssen, als Mindestzahl und Norm, drei Kinder je Elternpaar bevölkerungspolitisch als erforderlich gelten, und sofern einige oder viele Elternpaare dieses Soll nicht erfüllen, müssen andere Paare mehr als drei Kinder bis zur Erreichung des fortpflanzungs-

BEVÖLKERUNGSPOLITISCHE ERWÄGUNGEN ZUR FAMILIENGRÖSSE

fähigen Alters aufziehen. Nur dann ist der Fortbestand einer Familie und eines Volkes gewährleistet.

Mit diesen Hinweisen sind aber die auf das Gemeinwohl gerichteten Forderungen noch nicht erschöpft. Auch die Verhältnisse auf dem *Arbeitsmarkt* sprechen für die ungeschmälerte Aufrechterhaltung des Bestandes an arbeits- und fortpflanzungsfähigen Männern und Frauen. Zur Begründung dieser Ansicht ist nicht von dieser oder jener jeweiligen Lage des Arbeitsmarktes auszugehen. Vielmehr gilt folgendes: Die Verlängerung der mittleren Lebenserwartung (Lebensdauer), die gegenwärtig z. B. in Holland, in Schweden, Dänemark und Norwegen schon rund 70 Jahre erreicht und in der Bundesrepublik bei den männlichen Lebendgeborenen 64,6, bei den weiblichen sogar 68,5 Jahre beträgt (dabei sind alle nur ein paar Tage alten verstorbenen Säuglinge mitgerechnet!), ergibt, gegenüber früheren Zeiten, eine sehr viel größere Zahl von nicht arbeits- oder nicht vollarbeitsfähigen, über 65 Jahre alten Rentnern, deren menschenwürdige Existenz durch die Arbeit der Vollarbeitsfähigen zu gewährleisten ist. Dazu muß aber die Zahl der Vollarbeitsfähigen ausreichend stark sein, anderenfalls wird ihre Arbeitsbelastung zunehmen und ihre Tragfähigkeit übersteigen. Dies ist aber nur vermöge eines genügend starken Nachwuchses gewährleistet. Unter anderem erfordert auch die 40-Stunden-Woche ein größeres Kontingent von Arbeitskräften als die 48stündige, ungeachtet etwaiger technischer Vervollkommnungen, zu denen die verkürzte Arbeitszeit wohl Anlaß geben kann; schließlich erfordert auch die Herstellung einer vervollkommenen Ausrüstung eine Vermehrung von Arbeitskräften in den betreffenden Produktionssparten.

Es ist auch irrig, anzunehmen, zahlreiche Kinder bedeuteten lediglich eine Belastung des Arbeitsmarktes, sobald sie in das Erwerbsleben treten. Wirtschaftlich wirken die Kinder als Verbraucher sehr anregend auf die Produktion in bestimmten, besonders arbeitsintensiven Wirtschaftszweigen. Der Verbrauch einer kinderreichen Familie richtet sich vorwiegend auf die elementaren Gegenstände des täglichen Bedarfs, wie Nahrung, Kleidung, Wohnung. Der Verbrauch kinderloser Paare dagegen richtet sich in viel größerem Umfang als der einer kinderreichen Familie auf nichtlebenswichtige Dinge, wie feinere Kleidung, Vergnügungen, Alkohol, Tabak, Gegenstände der modernen Technik, wie Radio und Kühlschrank usw. Durch den Bedarf der Kinderreichen werden vor allem die Landwirtschaft und die Textilindustrie gefördert, wogegen der „demokratische Luxus“ in stärkerem Umfang die Luxustextilindustrie, die Bierbrauereien und Branntweinfabriken, die Kinos, Theater usw. beschäftigt. Sinkt nun infolge der Geburten-einschränkung der Bedarf der Kinderstuben, so wird die Landwirtschaft in erster Linie betroffen, denn der Verbrauch kinderloser Paare kann diesen Ausfall niemals kompensieren, weil er sich vorwiegend auf ganz andere Dinge richtet. Das gleiche gilt hinsichtlich der Spielzeugindustrie und aller Gewerbe, die Schulutensilien anfertigen, sowie für das ganze Lehr- und Erziehungswesen. Auch die Textilindustrie und das Baugewerbe werden bei abnehmender Kinderzahl und folglich verringerter Bevölkerung Einbußen erleiden, weil der Konsum an feineren Textilien nicht den Massenverbrauch kinderreicher Familien aufwiegen kann und die bessere Wohnung steriler Ehepaare dem Baugewerbe gleichfalls keine Entschädigung für den höheren Raumbedarf der Kinderreichen bietet.

In die öffentliche Sphäre gehören schließlich Erwägungen, die sich auf die anteilmäßige Stellung der Westeuropäer zu der außereuropäischen Welt, insbesondere zu den sich sehr schnell vermehrenden sogenannten farbigen Völkern beziehen. Anzunehmen, diese Völker würden sich sehr bald die europäische „Bevölkerungsweise“, d. h. die künstliche Einschränkung der Geburten aneignen und ihre Vermehrung einschränken, heißt, sich Illusionen hinzugeben. Eine Einschränkung der Nachkommenschaft ist allenfalls nur in

RODERICH VON UNGERN-STERN BERG

einer sehr schmalen Oberschicht, die westeuropäisch beeinflusst wird, zu erwarten. Die große Mehrheit der Chinesen, Inder, Ägypter usw. wird nach wie vor die westeuropäische Vermehrungsrate um das Zwei- bis Dreifache übersteigen¹⁾. Und selbst wenn eine Einschränkung der Geburtenhäufigkeit im Orient erfolgen sollte, wird die gleichzeitig auch dort sinkende Sterblichkeit dazu führen, daß eine sehr hohe Zuwachsrates aufrechterhalten bleibt. Muß einem da nicht um die Zukunft des „weißen Mannes“ in Westeuropa bange werden, wenn sein Anteil an der Weltbevölkerung immer mehr abnimmt und er zugleich seine zivilisatorischen und technischen Errungenschaften²⁾ den Farbigen preisgibt, preisgeben wird, solange nicht eine einheitliche solidarische westeuropäische Wirtschaftspolitik in dieser Hinsicht vielleicht gewisse Sicherungen schaffen kann. Wann aber wird eine solche Solidarität erreicht werden? Auch aus dieser weltpolitischen Perspektive betrachtet ist mindestens die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Bestandes der Westeuropäer dringend geboten, zumal heutzutage die Beziehungen der Westeuropäer zu den ostasiatischen Völkern in ein besonders kritisches Stadium eingetreten sind.

Die oben gemachten Feststellungen begegnen meist dem Hinweis auf die Tatsache, daß angeblich in allen westeuropäischen Ländern noch alljährlich ein Geburtenüberschuß erzielt worden sei. Zunächst stimmt diese Behauptung nicht in bezug auf Frankreich, das bereits in den Jahren 1911/1913 und dann in den 30er Jahren und in der ersten Hälfte der 40er Jahre bis einschließlich 1945 fortlaufend einen Überschuß an Sterbefällen zu registrieren hatte. Wenn das bei den Volkszählungen nicht in Erscheinung trat, so war das vornehmlich der Einwanderung von Ausländern zu verdanken. Erst mit dem Jahre 1946 setzte in Frankreich ein recht hoher Geburtenüberschuß ein, der aber in den letzten Jahren, beginnend mit 1949, sich ständig verringert hat und voraussichtlich, trotz sehr intensiver staatlicher Förderung der Geburtenhäufigkeit und Kinderbetreuung, demnächst auf einen sehr niedrigen Stand zurückgehen wird, weil die jetzt in das fortpflanzungsfähige Alter aufrückenden Jahrgänge aus den geburtenschwachen Jahrgängen der 30er und der ersten Hälfte der 40er Jahre stammen, die infolgedessen gar nicht in der Lage sein werden, die gleiche Geburtenzahl aufzubringen, wie es die Jahrgänge, die aus den 20er Jahren stammten, in den unmittelbaren Nachkriegsjahren 1947/1950 vermochten.

Nun unterscheidet sich aber die demographische Lage in den meisten westeuropäischen Ländern von der gekennzeichneten französischen nicht, d. h. die nachrückenden Jahrgänge sind numerisch überall so schwach, daß sie auch in ihrer Fortpflanzungsfähigkeit unergiebig sein werden, wenn der *Wille zur Dreikinderfamilie* nicht zunimmt. Diese allgemeine westeuropäische Lage ist z. B. in Österreich, in England und Wales und in der Bundesrepublik mindestens so kritisch wie in Frankreich, was aus folgenden Zahlen reihen ersichtlich ist:

Geburtenüberschüsse, je 1000 Einwohner berechnet:

	1951	1952	195
Bundesrepublik Deutschland	5,3	5,3	4,5
England und Wales	4,2	4,0	4,1
Frankreich	6,2	6,2	5,8
Österreich	1,9		
Japan	16,2	17,0	

Wie gering die Kinderzahl je Haushalt bei uns ist, geht aus den von *Albert Müller* beigebrachten Zahlen hervor³⁾. Leider ist bisher für die Bundesrepublik nicht ermittelt

1) Hierzu R. v. Ungern-Sternberg — H. Schubnell: Grundriß der Bevölkerungswissenschaft, S. 412, und das Kurvenbild daselbst.

2) Oswald Spengler „Verrat an der Technik!“

3) Gewerkschaftliche Monatshefte, Mai 1954, Seite 287.

BEVÖLKERUNGSPOLITISCHE ERWÄGUNGEN ZUR FAMILIENGROSSE

worden, wieviel Kinder auf eine Familie entfallen. Die für Bayern errechneten Zahlen sind indessen auch für das ganze Bundesgebiet aufschlußreich. Sie ergeben, daß 1950 ein Viertel aller Ehen *kein* Kind, ein weiteres Viertel *ein* Kind und ein weiteres Fünftel *zwei* Kinder besessen haben. Somit hatten 71,4 vH aller Ehen eine Kinderzahl, die zur Erhaltung des Familienbestandes nicht ausreicht; nur 28,6 vH aller Ehen genügten dieser Forderung⁴). Im übrigen bestehen nach Gegenden, Konfessionen und Berufen sehr wesentliche Unterschiede in der durchschnittlichen Kinderzahl. Dort, wo ländliche, bäuerliche Zustände mit dem Anerbenrecht und katholischer Konfession mehr oder weniger zusammenfallen, ist die Geburten- und Kinderzahl noch relativ am höchsten (Schwarzwald, Niederbayern, Unterfranken). In diesen Gebieten werden die Kinder als häusliche Arbeitskräfte gewertet, auch zur Erhaltung des Hofes als wirtschaftlicher Einheit und familiären Obdachs für sämtliche Familienangehörigen. Zudem wirkt bekanntlich die katholische Kirche gegen jede künstliche Schwangerschaftsvorbeugung oder -Unterbrechung; sie läßt, mit Einschränkung, nur die Einhaltung der befruchtungsfreien Tage während des monatlichen Zyklus der Frau als ein vorbeugendes Verhalten gelten⁵).

Großstädte und verstädterte Gebiete haben die geringste Geburten- und Kinderzahl, weil dort die materialistische und sozial streberische Gesinnung am ausgeprägtesten und verbreitetsten ist. Die Beamten und Angestellten stehen hierbei an der Spitze der kinderarmen Familien; weniger die Arbeiter, besonders ihre breite ungelernete Schicht, die auch in den Großstädten noch die vergleichsweise stärkste Fortpflanzungsquote aufweist. Es trifft aber nicht zu, daß, wie Albert Müller meint, die „Kinderzahl mit dem Einkommen steigt“. Für die Bundesrepublik sind diesbezügliche Untersuchungen leider bisher nicht durchgeführt worden. Für Schweden aber hat *W. Tompson*⁶) folgende Ziffern über das Verhältnis der Einkommenshöhe zu der durchschnittlichen Kinderzahl errechnet:

Jahreseinkommen der Ehegatten aller sozialen Schichten 1936 in amerikanischen Dollars

Durchschnittl. Lebendgeb.	unter 150	150 bis 250	250 bis 375	375 bis 500	500 bis 750	750 bis 1250	1250 bis 2500	2500 u. mehr
Kinderzahl:	150	250	375	500	750	1250	2500	u. mehr
1. auf dem Lande	4,12	3,85	4,33	4,31	4,01	3,60	3,12	3,32
2. in den Städten	3,12	3,01	3,38	3,31	3,28	2,92	2,53	2,68

Nur in den zwei mittleren Einkommensstufen (250/500) ist eine größere durchschnittliche Kinderzahl zu konstatieren, im Vergleich zu den beiden niedrigsten Einkommensgruppen. Im allgemeinen, im Grundzug, besteht aber zwischen der Höhe des Einkommens und der Zahl der Kinder ein umgekehrtes Verhältnis: je höher das Einkommen und dementsprechend, in der Regel, der geistige Entwicklungsgrad der Eltern, um so geringer die durchschnittliche Kinderzahl. So war es 1936, inzwischen hat die Kinderzahl in den höchsten Einkommensstufen etwas zugenommen, erreicht aber noch längst nicht die der unteren Stufen. In den Städten ist diese Zahl durchweg niedriger als in den ländlichen Bezirken. In den sonstigen westeuropäischen Ländern wird dieses Verhältnis zwischen der Einkommenshöhe und der Kinderzahl sicherlich im großen und ganzen das gleiche sein.

Für die Bundesrepublik gilt, daß die durchschnittliche Kinderzahl um so höher ist, je näher die Arbeiterschaft ländlichen und bäuerlichen Verhältnissen steht. Das gilt besonders für die Bergarbeiter in abseits von Großstädten gelegenen Gegenden mit eigenen Gärten und Kleinviehhaltung. Letzteres ist nicht so zu verstehen, daß der

4) Bayern in Zahlen, Nr. 6.

5) Siehe hierzu R. v. Ungern-Sternberg in „Stimmen der Zeit“ März 1954, Seite 424.

6) „Population Problems“, Seite 293.

RODERICH VON UNGERN-STERNBERG

Besitz von Gärten und der Kleinviehbesitz die Ursache eines relativen Kinderreichtums seien; vielmehr entspringt beides, sowohl der Wunsch, sich eine gewisse Eigenversorgung an Lebensmitteln zu sichern, wie die Bejahung einer kinderreichen Familie der gleichen urwüchsigen Lebensauffassung.

Vergegenwärtigen wir uns zum Schluß noch kurz die Auswirkungen der Verkümmernng des Familienbestandes auf das Leben von Kindern, Eltern und Großeltern. Bietet, wie immer wieder behauptet wird, das Ein- und Zweikindersystem den Kindern tatsächlich bevorzugte Aussichten und Freuden im Leben und hinsichtlich des „Vorwärtskommens“, auf das es ja den „verantwortungsbewußten“ Eltern heute so sehr ankommt, im Gegensatz zu ihren eigenen so „unverantwortlichen“ kinderreichen Eltern und Großeltern? Bietet die Kleinhaltung der Familie dem geschwisterlosen oder geschwisterarmen Einzelkind oder dem „Pärchen“ bessere Chancen, als sie sich den Menschen bieten, die aus einem großen Familienverbande stammen? Diese materialistische Auffassung ist nicht haltbar. Es sei hier nur auf folgendes hingewiesen: Kann es eine größere Existenzsicherung geben, als durch den Zusammenhalt und das Zusammenwirken zahlreicher Geschwister, Schwäger, Geschwisterkinder und aller weiteren Verwandten bewirkt wird? Diese naturgegebene Art der Versicherung des Einzelmenschen gegen widrige Ereignisse wird im Zeitalter der Geburteneinschränkung völlig verkannt. Zudem gehen viele Gemütswerte infolge der Schrumpfung der Familie allmählich verloren. So der Reiz und die Freude an Familienfesten, wie Weihnachten, Ostern, Geburts- und Namenstagen. Die erzieherischen Schwierigkeiten der Behandlung des Einzelkindes bestehen bekanntlich darin, daß die Fürsorge der Eltern sich in übertriebenem Maße auf den einen Sprößling zu häufen pflegt und daß infolgedessen die eigenen Abwehrkräfte des Kindes gegen widrige Ereignisse nicht zur Ausbildung kommen. Gewiß können einsichtige Eltern dem dadurch vorbeugen, daß sie das Kind rechtzeitig und fortlaufend in die Gesellschaft von Altersgenossen bringen. Tatsächlich sieht man aber nur zu oft, daß der sorgsam behütete Liebling vor jeder rauhen Berührung mit der unfreundlichen Wirklichkeit möglichst bewahrt wird. Viele Menschen ahnen gar nicht, daß ihre unangenehmen und sie behindernden Eigenschaften, wie Empfindlichkeit, Verlegenheit, Unbeholfenheit im Umgang u. a. m., deren Unterdrückung ihnen viel Mühe und Ärger verursacht, ja sogar schwere innere Kämpfe bereitet, hauptsächlich auf die geschwisterlose Kindheit zurückzuführen sind oder durch diese doch, wenn sie anlagenmäßig bedingt waren, eine verstärkte Ausbildung erfahren haben. Über dieses Thema ließe sich noch vieles beibringen. Wir müssen uns aber hier mit den gegebenen Hinweisen begnügen.

Abgesehen von den Maßnahmen wirtschaftlicher Art, an deren Spitze fraglos die Zugänglichmachung familiengerechter Wohnungen für alle kinderreichen Familien zu stehen hat, wäre es für die Sicherung des Bestandes der Familien in der Bundesrepublik von großer Bedeutung, wenn die Gewerkschaften ihren Einfluß in dem Sinne geltend machen würden, daß die seelisch-geistigen Werte, die der Familie eigen sind, den Menschen wieder stärker zum Bewußtsein kommen.

BERNHARD LETTERHAUS

Beruf hat im Kern das Wort „Ruf“. Xu dem, was ich in der Vergangenheit tat und was ich in der Zukunft tun muß, bin ich gerufen. Von wem? Nun, wir Christen bekennen: von Gott. Ich habe diese Stimme im Weltkrieg in mir gehört und bin ihr gefolgt. Deshalb darf ich ja nicht bedrückt sein, wenn ich durch Täler wandern muß. Nur wenn ich der Stimme nicht folgte, müßte ich mich verlieren.